

Stellungnahmen_Dokus

Letzte Aktualisierung 13.02.2020

STELLUNGNAHME DES VERBANDES Polizei-Medienpolitik: Katholische Publizisten äußern Kritik Vorsitzende des Publizistenverbands, Gabriele Neuwirth: "Für den inneren Frieden im Lande, für den das Innenministerium laut Gesetzesauftrag zu sorgen hat, ist ein korrekter Umgang mit Medien unverzichtbar". 26.09.2018, 14:39 Uhr Österreich/Polizei/Politik/Medien/Kirch/Kickl/Neuwirth Wien, 26.09.2018 (KAP) Der Verband katholischer Publizistinnen und Publizisten hat sich am Mittwoch der breiten Kritik an den jüngst bekannt gewordenen "Anregungen" des Innenministeriums für die Polizeidirektionen zur Einhaltung einer neuen Medienpolitik im Blick auf Straftaten angeschlossen. "Für den inneren Frieden im Lande, für den das Innenministerium laut Gesetzesauftrag zu sorgen hat, ist ein korrekter Umgang mit Medien unverzichtbar. Der Verband protestiert gegen den Versuch des Innenministeriums, die Medienfreiheit einzuschränken", so die Vorsitzende des Publizistenverbands, Gabriele Neuwirth, in einer Stellungnahme gegenüber Kathpress.

"Neu am Inhalt der Empfehlungen des BMI an die Landespolizeidirektionen bzw. deren Pressestellen für den Umgang mit Medien ist, dass die Straftaten einer bestimmten Menschengruppe herausgehoben werden sollen", so Neuwirth weiter. Dabei gehe es um die Nennung der Herkunft von Straftätern. "Bewusstes Hinweisen ist genauso abzulehnen wie bewusstes Verschweigen, wenn es dahinter eine versteckte Agenda gibt", stellte die Vorsitzende fest.

Innenminister Herbert Kickl veröffentlichte am Dienstagabend eine Presseaussendung, in der er auf den Autor der "Anregungen", BMI-Sprecher Christoph Pölzl, verwies. Da dessen Schreiben "zu einer medialen Debatte über eine angeblich beabsichtigte Einschränkung von Informationen gegenüber Medien geführt" habe. Innenminister Kickl habe jetzt mit dem Verfasser "ein klärendes Gespräch" geführt.

Davor hatte es Kritik am Innenministerium von höchsten Stellen gegeben. Bundeskanzler Sebastian Kurz sagte am Rande der UN-Generalversammlung in New York, es dürfe durch Kommunikationsverantwortliche keine Ausgrenzung gewisser Medien geben. "Für einen freien und unabhängigen Journalismus im Land tragen besonders Parteien und Regierungsinstitutionen sowie öffentliche Einrichtungen eine hohe Verantwortung. Jede Einschränkung von Pressefreiheit ist nicht akzeptabel." Auch Bundespräsident Alexander Van der Bellen äußerte scharfe Kritik.

Stellungnahme des Publizistenverbandes zum Anschlag Paris/Charlie Hebdo

Katholische Publizisten: Anschlag in Paris pervertiert Religion

Verbandsvorsitzende Neuwirth: "Religion braucht Religionsfreiheit, Religionsfreiheit lebt von Meinungsfreiheit, deren Ausdruck die Pressefreiheit ist"

08.01.2015

Wien (KAP) Die katholischen Publizistenverbände in Österreich und Deutschland haben das Attentat auf die Pariser Satirezeitung "Charlie Hebdo" scharf verurteilt. Für die Vorsitzende des Verbandes katholischer Publizistinnen und Publizisten Österreichs, Gabriele Neuwirth, ist der Anschlag von Paris eine "Pervertierung dessen, was Religion für die Menschen bedeutet". In einer Reaktion gegenüber "Kathpress" hielt Neuwirth am Donnerstag fest: "Religion braucht Religionsfreiheit, Religionsfreiheit lebt von Meinungsfreiheit, deren Ausdruck die Pressefreiheit ist."

Von einem "unfassbaren" Angriff auf die Presse- und Meinungsfreiheit sprach auch die Gesellschaft Katholischer Publizisten Deutschlands (GKP). Vorsitzende Michaela Pilters sprach der Redaktion und den Angehörigen der Opfer ihr Mitgefühl und ihre Solidarität aus. "Auch Religionsgemeinschaften müssen Satire und Kritik vertragen können. Diese können keine Rechtfertigung für Terror und Fanatismus sein", so Pilters in einer Aussendung. Journalisten weltweit dürften sich "nicht von Barbarei und fehlgeleitetem religiösen Wahn einschüchtern lassen". "Hass und engstirniger Ideologie" müsse eine Gesellschaft Dialog und differenziertes Verständnis entgegensetzen, betonte die GKP-Vorsitzende.

Dieser Text stammt von der Webseite <http://www.kathpress.at/site/nachrichten/database/67094.html> des Internetauftritts der Katholischen Presseagentur Österreich.

<http://www.kathpress.at/site/nachrichten/database/67094.html>

<http://www.kathpress.at/site/nachrichten/database/67094.html>

2016_UMFRAGE DER KATHPRESS ZUR BUNDESPRÄSIDENTENWAHL

Befragt wurde Mag. Gabriele Neuwirth als Vorsitzende des Publizistenverbandes

Wien, 17.04.2016 (KAP) Der/die nächste Bundespräsident/in in Österreich soll die per Verfassung gestellten Aufgaben in größtmöglicher Überparteilichkeit und mit menschlichen Qualitäten erfüllen, der Regierung Impulse geben - ohne sich aber deren Befugnisse zuzuschreiben. Das ist der Tenor einer "Kathpress"-Umfrage unter Persönlichkeiten, die an der Spitze katholischer Organisationen selbst ein Präsidentenamt ausüben: Sr. Beatrix Mayrhofer in der Vereinigung der Frauenorden Österreichs (VFÖ), Theo Quendler im Katholischen Laienrat Österreichs (KLRÖ), Helmut Kukacka in der Arbeitsgemeinschaft Katholischer Verbände (AKV), Alfred Trendl beim Katholischen Familienverband Österreichs (KFÖ) und Gabriele Neuwirth im Verband katholischer Publizistinnen und Publizisten Österreichs.

Die ebenfalls angefragten Michael Landau von der Caritas und Gerda Schaffelhofer von der Katholischen Aktion Österreich (KAÖ) nahmen von einer Beantwortung der "Kathpress"-Fragen zu Erwartungen an das Amt des Bundespräsidenten und damit verbundenen Anforderungen Abstand. Die Caritas äußere sich generell nicht zu laufenden Wahlkämpfen, Schaffelhofer wollte als Herausgeberin eines "Styria"-Bandes von Andreas Khol jeden Anschein von Voreingenommenheit vermeiden.

Zum Bekenntnis einiger Kandidaten, das Amt des Bundespräsidenten "offensiver" und weniger zurückhaltend als von den bisherigen Trägern auszuüben, äußerten sich die Befragten unterschiedlich. "Meines Erachtens sollte sich der Bundespräsident auf die ganz wesentlichen Themen beschränken. Ich erwarte mir keine aktivere Rolle, außer die Demokratie wäre in Gefahr", meinte die ranghöchste Ordensvertreterin Sr. Beatrix Mayrhofer. "Wir haben eine Regierung, die die Politik zu gestalten hat." Ähnlich Gabriele Neuwirth: "Offensiver" könne der/die Bundespräsident/in nur durch verantwortungsvoll wahrgenommene "Macht des Wortes" agieren. "Dieses Wort muss beispielsweise das Parlament stärken, nicht durch tagespolitische Eingriffe schwächen."

Für Alfred Trendl ist die Entlassung der Bundesregierung durch den/die Bundespräsident/in nur legitim als "ultima ratio" legitim, wenn es anders "nicht mehr geht". Offensiv könne aber auch heißen, mehr an der politische Meinungsbildung teilzunehmen - in aller geforderten Überparteilichkeit.

Helmut Kukacka hätte mit mehr Offensive "kein Problem", wenn eine Regierung - wie im Fall der Flüchtlingsproblematik - "zögerlich ist oder keinen Konsens zustandebringt". Der Bundespräsident müsse in so schwierigen Situationen durchaus auch "als Krisenmanager fungieren". Auch Theo Quendler wünscht sich vom Bundespräsidenten mehr als nur "Staatsnotar" zu sein. Er solle aktiv werden, wenn öffentliche Ämter missbraucht oder "unzureichend" wahrgenommen werden. Eine Ausschöpfung der mit dem Amt verbundenen Befugnisse "ist daher sicher anzustreben - ja, im Sinne der Bürger eigentlich auch zu erwarten", sagte Quendler. Bei offensichtlichen Unzulänglichkeiten öffentlich zu mahnen sei auch bisher schon wiederholt der Fall gewesen.

Brücken bauen gegen Polarisierung

Der zunehmenden Polarisierung in Österreichs politischer Landschaft soll der/die Bundespräsident/in als Brückenbauer entgegenwirken, erwarten sich alle Befragten. Trendl sprach von einer Mediatorenrolle bei stockenden Gesprächen, Kukacka von Bereitschaft zum Dialog mit allen politischen Gruppen, Neuwirth im Sinne von Friedrich Heer vom "Gespräch der Feinde", das der Präsident zu fördern habe. Quendler erwartet etwa beim Flüchtlingsthema vom Präsidenten den Hinweis, dass gemäß den Menschenrechten das Asylrecht nicht eingeschränkt werden dürfe.

Beim Thema Reformstau in Österreich erachten die "katholischen Präsidenten" Regierung und Parlament als hauptzuständig, Trendl nennt auch noch die Sozialpartner. Der/die Bundespräsident/in solle hier "ermutigen" (Mayrhofer), gegebenenfalls "ein Machtwort sprechen" und mit der Regierung abseits der Öffentlichkeit Problemlösungen anregen (Kukacka), "immer wieder Anstöße geben" (Neuwirth) und dabei Medien, Zivilgesellschaft und Kirchen als Partner gewinnen (Trendl).

Für Europa und für Österreich

Muss der Bundespräsident ein "deklariertes Europäer" sein oder eher einer, der auf Österreichs Interessen pocht? Sowohl als auch, betonen die "Kathpress"-Befragten dazu: "Österreich gewinnt, wenn Europa gewinnt", merkte Sr. Mayrhofer pointiert an. Bloße Sicherung von Eigeninteressen schade dem Ganzen "und letztlich jedem Land selbst, wenn Europa ist, was es eigentlich sein soll: viel mehr als nur ein immer gefährdetes System von ausbalancierten Eigeninteressen". Auch Trendl unterstrich, dass Österreich von der EU-Mitgliedschaft profitiert; der/die Bundespräsident/in müsse in diesem Sinn agieren, was fallweise kritische Stellungnahmen nicht ausschließe.

Für Neuwirth ist die Alternative Europäer-Österreicher "ein konstruierter Gegensatz: Wer Österreichs Interessen nachhaltig vertritt, ist ein guter Europäer, eine gute Europäerin." Der Präsident möge alle Möglichkeiten ausschöpfen, um fundierte Bewusstseinsbildung hinsichtlich der EU zu unterstützen, forderte Quendler; und das möglichst umfassend sowohl hinsichtlich ihrer "hehren" Ziele und Möglichkeiten als auch ihrer Grenzen und Beschränkungen. Nur Schwachstellen der EU zu kritisieren, ohne eine überzeugende Alternative anzubieten, ist zu wenig, betonte Kukacka: "Wir brauchen eine EU, die auch in Zukunft einen Frieden in Freiheit und einen solidarischen Zusammenhalt der europäischen Staaten garantiert."

Persönliche Gläubigkeit kein Muss

Überparteilich, integer, "Türöffner für Österreichs Anliegen", interessiert an den Menschen bis hin zur Anwaltschaft für "den kleinen Mann" - all das sind Eigenschaften, die die "katholischen Präsidenten" mit dem höchsten Amt im Staat verbinden. Persönliche Gläubigkeit ist für sie dagegen keine Voraussetzung für die Eignung. Mayrhofer erwartet grundsätzliche Wertschätzung für Religion und dass er/sie auf der Wertebasis des christlichen Abendlandes steht, Trendl einen "guten Draht" zu Kirchen und Religionsgesellschaften. "Für mich ist ein klares Wertefundament und ein christliches Menschen- und Weltbild natürlich wichtig", erklärte Kukacka. Neuwirth genügt demgegenüber "eine hohe ethische Haltung, die von Religion getragen sein kann".

Quendler fügt hinzu: "Es geht letztlich um eine Persönlichkeitswahl, und nur allzu oft hat es sich gezeigt, dass unter Berufung auf religiöse Überzeugungen Handlungen gesetzt wurden und werden, die mit den Bürger- und Freiheitsrechten nicht vereinbar sind."

https://www.kathpress.at/site/webmeldung_detail.siteswift?ts=1467301780

2016_STELLUNGNAHME DES VERBANDES KATHOLISCHER PUBLIZISTINNEN UND PUBLIZISTEN ÖSTERREICHS ZUM VORGEHEN DER TÜRKISCHEN REGIERUNG GEGEN DIE REGIERUNGSKRITISCHE ZEITUNG „ZAMAN", ISTANBUL

Der Verband katholischer Publizistinnen und Publizisten Österreichs, der mit der selbständigen Österreich-Wochenausgabe der türkischen regierungskritischen Zeitung „Zaman“ mehrmals einen christlich-muslimischen Jungjournalistenaustausch durchführte, wendet sich entschieden gegen das Vorgehen der türkischen Regierung gegen die „Zaman“-Redaktion in Istanbul. „Wir dürfen diesen brutalen Angriff auf die Pressefreiheit und auf Journalisten nicht deswegen übersehen, weil Europa die Türkei in der Flüchtlingsfrage braucht“, sagt Publizistenverbandsvorsitzende Gabriele Neuwirth: „Es ist zu fordern, dass die türkische Regierung das Recht auf Pressefreiheit respektiert.“ (5. 3. 2016)

Aus der Stellungnahme des Österreichischen Journalisten Clubs:

Der ÖJC unterstützt daher den Appell des katholischen Publizistenverbandes, dass dieser Angriff auf Journalistinnen und Journalisten nicht übersehen werden darf, weil Europa die Türkei im Zusammenhang mit der Flüchtlingsnot jetzt braucht. (6. 3. 2016)

2015_AUSZEICHNUNG DES FRÜHEREN VERBANDSVORSITZENDEN HUBERT FEICHTLBAUER MIT DEM CONCORDIA-PREIS FÜR SEIN LEBENSWERK

Rede Hubert Feichtlbauers am 29. April im Plenarsaal des Parlaments

http://kath-publizisten.at/kathpub/images//2015_hubert%20feichtlbauer_concordiapreis_dank%20feichtlbauer.pdf

Laudatio durch Prof. Heinz Nußbaumer

http://kath-publizisten.at/kathpub/images//2015_hubert%20feichtlbauer_concordiapreis_laudatio_nu%DFbaumer.pdf

2015_STELLUNGNAHMEN ZUM ANSCHLAG AUF DIE REDAKTION CHARLY HEBDO, PARIS

Stellungnahme des Verbandes katholischer Publizistinnen und Publizisten Österreichs

http://kath-publizisten.at/kathpub/images//2015_publizistenverband_stellungnahme_charly%20hebdo.pdf

Stellungnahme der Gesellschaft katholischer Publizisten Deutschlands

http://kath-publizisten.at/kathpub/images//2015_gkp_stellungnahme_charly%20hebdo.pdf

2011: Presserat:

Breite Unterstützung von katholischen Publizisten

Katholischer Publizistenverband: "Wache Christen sollen Presserat nützen" - Ombudsmann Feichtlbauer: Verletzung religiöser Gefühle auch Thema - Wunsch nach Beteiligung kirchlicher Medien
26.01.2011

Wien (KAP) Breite Zustimmung und Unterstützung für den neuen Presserat in Österreich kommt von katholischen Publizisten und Medienverantwortlichen. "Wache Christen sollen die Medien beobachten und den neuen Presserat als ein wichtiges Instrument für qualitativollen Journalismus nutzen", betonte die Vorsitzende des Verbands Katholischer Publizisten (VKPÖ), Gabriele Neuwirth, gegenüber "Kathpress" am Rande der Eröffnungsveranstaltung des Presserats am Mittwoch in Wien.

Für eine breite Beteiligung kirchlicher Medien am wieder errichteten Presserat plädierten neben Neuwirth auch Hubert Feichtlbauer, einer der drei neuen Ombudsmänner des Presserates, sowie "Furche"-Chefredakteur und Mitinitiator des Presserates, Claus Reitan, und der Generalsekretär der österreichischen Kirchenzeitungen, Walter Achleitner.

Religiöse Fragen wichtiges Thema

Für die Arbeit des Presserates werden auch religiöse Themen wichtig sein, bestätigte Presserat-Ombudsmann Hubert Feichtlbauer gegenüber "Kathpress". Die "bewusste, gezielte oder auch gleichgültige Verletzung religiöser Gefühle durch Medien" könnte durchaus Gegenstand eines Verfahrens durch den Presserat sein und sei auch ein "berechtigtes Anliegen", führte der katholische Publizist aus.

Feichtlbauer unterstrich den Wunsch vieler Betroffener an den neuen Presserat, dass es künftig zu weniger komplizierten Prozessen, sondern zu mehr "von Einsicht getragenen einvernehmlichen Lösungen" zwischen Beschwerdeführer und belangtem Medium kommen werde. Das sei auch ein Aufgabengebiet für ihn als Ombudsmann, erläuterte das VKPÖ-Vorstandsmitglied. Gleichzeitig sprach er sich für eine Überarbeitung des bestehenden "Ehrenkodex für Journalisten" aus.

Für die elf in Österreich wöchentlich erscheinenden katholischen Kirchenzeitungen erklärte deren Generalsekretär Achleitner gegenüber "Kathpress", dass eine Unterstützung des Presserates durch das Eingehen der Selbstverpflichtung angestrebt werde und Thema der nächsten "Kirchenpressekonferenz" ist. Das sei auch deswegen naheliegend, weil die meisten Kirchenzeitungen Mitglieder des Verbands Österreichischer Zeitungen (VÖZ) sind, der ein wesentlicher Träger des neuen Presserates ist.

"Selbstkontrolle ist besser als Fremdkontrolle"

Im Zentrum der Vorträge im Rahmen der Eröffnung des Presserates stand die Wichtigkeit der journalistischen Selbstkontrolle zur Sicherung von Qualität und Glaubwürdigkeit der Medien. Grundlage dafür ist die Unterstützung des Presserats in Form einer Selbstverpflichtung der Medien. "Selbstkontrolle ist besser als Fremdkontrolle", betonte daher der Präsident des Presserats und Journalistengewerkschafter Franz C. Bauer bei seinem Eröffnungsstatement mit Blick auf die Diskussion rund um das ungarische Mediengesetz.

Nach achtjähriger Unterbrechung beging der Österreichische Presseverband seine Eröffnung in Anwesenheit zahlreicher Medienvertreter in den Repräsentationsräumen der Alten Börse in Wien. Die Trägerverbände des Presserats sind der Verband Österreichischer Zeitungen (VÖZ), der Österreichische Gewerkschaftsbund, der Österreichische Zeitschriften- und Fachmedienverband (ÖZV), der Verband der Regionalmedien Österreichs (VRM), der Verein der Chefredakteure sowie der Presseclub Concordia (PCC). Als Präsident fungiert Journalistengewerkschafter Franz C. Bauer, als Vizepräsident Mediaprint/Kurier-Geschäftsführer Thomas Kralinger. Zum Geschäftsführer wurde Alexander Warzilek bestellt.

Weitere Informationen zum Presserat sind im Internet zu finden: www.presserat.at

Presserat:

Breite Unterstützung von katholischen Publizisten

Katholischer Publizistenverband: "Wache Christen sollen Presserat nützen" - Ombudsmann Feichtlbauer: Verletzung religiöser Gefühle auch Thema - Wunsch nach Beteiligung kirchlicher Medien
26.01.2011

Wien (KAP) Breite Zustimmung und Unterstützung für den neuen Presserat in Österreich kommt von katholischen Publizisten und Medienverantwortlichen. "Wache Christen sollen die Medien beobachten und den neuen Presserat als ein wichtiges Instrument für qualitätsvollen Journalismus nutzen", betonte die Vorsitzende des Verbands Katholischer Publizisten (VKPÖ), Gabriele Neuwirth, gegenüber "Kathpress" am Rande der Eröffnungsveranstaltung des Presserats am Mittwoch in Wien.

Für eine breite Beteiligung kirchlicher Medien am wieder errichteten Presserat plädierten neben Neuwirth auch Hubert Feichtlbauer, einer der drei neuen Ombudsmänner des Presserates, sowie "Furche"-Chefredakteur und Mitinitiator des Presserates, Claus Reitan, und der Generalsekretär der österreichischen Kirchenzeitungen, Walter Achleitner.

Religiöse Fragen wichtiges Thema

Für die Arbeit des Presserates werden auch religiöse Themen wichtig sein, bestätigte Presserat-Ombudsmann Hubert Feichtlbauer gegenüber "Kathpress". Die "bewusste, gezielte oder auch gleichgültige Verletzung religiöser Gefühle durch Medien" könnte durchaus Gegenstand eines Verfahrens durch den Presserat sein und sei auch ein "berechtigtes Anliegen", führte der katholische Publizist aus.

Feichtlbauer unterstrich den Wunsch vieler Betroffener an den neuen Presserat, dass es künftig zu weniger komplizierten Prozessen, sondern zu mehr "von Einsicht getragenen einvernehmlichen Lösungen" zwischen Beschwerdeführer und belangtem Medium kommen werde. Das sei auch ein Aufgabengebiet für ihn als Ombudsmann, erläuterte das VKPÖ-Vorstandsmitglied. Gleichzeitig sprach er sich für eine Überarbeitung des bestehenden "Ehrenkodex für Journalisten" aus.

Für die elf in Österreich wöchentlich erscheinenden katholischen Kirchenzeitungen erklärte deren Generalsekretär Achleitner gegenüber "Kathpress", dass eine Unterstützung des Presserates durch das Eingehen der Selbstverpflichtung angestrebt werde und Thema der nächsten "Kirchenpressekonferenz" ist. Das sei auch deswegen naheliegend, weil die meisten Kirchenzeitungen Mitglieder des Verbands Österreichischer Zeitungen (VÖZ) sind, der ein wesentlicher Träger des neuen Presserates ist.

"Selbstkontrolle ist besser als Fremdkontrolle"

Im Zentrum der Vorträge im Rahmen der Eröffnung des Presserates stand die Wichtigkeit der journalistischen Selbstkontrolle zur Sicherung von Qualität und Glaubwürdigkeit der Medien. Grundlage dafür ist die Unterstützung des Presserats in Form einer Selbstverpflichtung der Medien. "Selbstkontrolle ist besser als Fremdkontrolle", betonte daher der Präsident des Presserats und Journalistengewerkschafter Franz C. Bauer bei seinem Eröffnungsstatement mit Blick auf die Diskussion rund um das ungarische Mediengesetz.

Nach achtjähriger Unterbrechung beging der Österreichische Presseverband seine Eröffnung in Anwesenheit zahlreicher Medienvertreter in den Repräsentationsräumen der Alten Börse in Wien. Die Trägerverbände des Presserats sind der Verband Österreichischer Zeitungen (VÖZ), der Österreichische Gewerkschaftsbund, der Österreichische Zeitschriften- und Fachmedienverband (ÖZV), der Verband der Regionalmedien Österreichs (VRM), der Verein der Chefredakteure sowie der Presseclub Concordia (PCC). Als Präsident fungiert Journalistengewerkschafter Franz C. Bauer, als Vizepräsident Mediaprint/Kurier-Geschäftsführer Thomas Kralinger. Zum Geschäftsführer wurde Alexander Warzilek bestellt.

Weitere Informationen zum Presserat sind im Internet zu finden: www.presserat.at